



Gunther Krichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-70371 Telefax: 030/227-76371
E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de
www.gunther-krichbaum.de

Berlin aktuell

Familien entlasten – Kindergeld erhöhen SPD schwenkt auf den Kurs der Union ein

Familienpolitik heißt für uns: Optimale Bedingungen für Familien schaffen, ihr Leben selbst zu gestalten. Das betrifft insbesondere die Erziehung der Kinder. Denn Kindererziehung ist laut Artikel 6 des Grundgesetzes „natürliches Recht“ der Eltern und „ihnen zuvörderst obliegende Pflicht.“ Bei diesen elterlichen Rechten und Pflichten muss der Staat die Eltern unterstützen.

Das Bundesverfassungsgericht hat dazu klargestellt, dass das Existenzminimum auch für Kinder steuerfrei bleiben muss. Wenn der Existenzminimumsbericht im Herbst zu dem Ergebnis kommt, dass die gestiegenen Lebenshaltungskosten zu einem erhöhten Existenzminimum geführt haben, sind wir verpflichtet, den Kinderfreibetrag anzuheben. Die Ankündigung einer SPD-Kommission, den Kinderfreibetrag zu senken, ist vor diesem Hintergrund nicht nachvollziehbar.

Selbstverständlich wollen wir auch Eltern mit kleineren und mittleren Einkommen, die vom Kinderfreibetrag nicht in vollem Umfang profitieren, durch die Anhebung des Kindergeldes entlasten. Vorschläge, die Kindergelderhöhung auszusetzen und das Geld stattdessen für Schulspeisungen und Schultüten einzusetzen, zeugen vom kollektiven Misstrauen gegenüber den Eltern und einer falschen Staatsgläubigkeit. Gerade für Eltern mit niedrigem Einkommen bedeutet die Kindergelderhöhung eine spürbare Entlastung angesichts der gestiegenen Lebenshaltungskosten. Daher ist es sehr erfreulich, dass die SPD inzwischen ihren Irrweg erkannt hat und unsere Forderung nach einer Kindergelderhöhung übernommen hat. Es bleibt zu hoffen, dass dieser Sinneswandel auch nach der Hamburg-Wahl bestehen bleibt.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt die Wahlfreiheit in der Familienpolitik und steht fest zur Erhöhung des Kindergeldes und zur Einführung des Betreuungsgeldes. Wir stehen auch auf der Seite der Eltern, die ihre Kinder nicht in eine Kindertagesstätte geben, sondern sie zu Hause selbst betreuen wollen. Im Vordergrund unserer Politik steht hier die Wahlfreiheit zwischen unterschiedlichen Betreuungsmodellen für Eltern.

Seit unserem Regierungsantritt haben wir die Sorge um die Zukunft der Familien vom einstigen „Gedöns“ Gerhard Schröders hin zu einem politischen Spitzenthema befördert. Vom ersten Tag in der Großen Koalition an war es unser fester Wille, schnell bessere Bedingungen für Familien in Deutschland zu schaffen. Der im letzten Jahr vorgelegte siebte Familienbericht zeigt eindeutig: CDU/CSU haben Wort gehalten. Die Situation der Familien hat sich deutlich verbessert. Mit der Einführung des Elterngeldes, das in diesem Jahr mit vier Milliarden Euro erstmals voll zum Tragen kommt, ermöglichen wir den Eltern die Betreuung ihres Kindes im für die Entwicklung besonders wichtigen ersten Lebensjahr. Der Ausbau von Kindertagesstätten, die verbesserte steuerliche Absetzbarkeit der Kinderbetreuung und eben auch das Betreuungsgeld garantieren Wahlfreiheit für die Eltern und verbessern zugleich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Noch in diesem Jahr wollen wir zudem den Kinderzuschlag reformieren, um Kinderarmut zu vermeiden. Die Zahl der berechtigten Kinder wird sich dann fast verdoppeln. Rund 250.000 Kinder können dann aus der Sozialhilfe geholt werden und speziell kinderreiche Familien werden spürbar entlastet.

Zitat

«Erdogan hat türkischen Nationalismus auf deutschem Boden gepredigt. Was Erdogan gesagt hat, war eine Aufforderung zur Abgrenzung und Abkapselung, also das Gegenteil von Integration.» (CSU-Chef Erwin Huber zum umstrittenen Auftritt des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan in Köln)

Integration fördern und fordern

Die Integration der bei uns lebenden Migranten ist eine wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deshalb hat die unionsgeführte Bundesregierung dem Thema endlich den notwendigen Stellenwert eingeräumt. Mit Maria Böhmer ist erstmals eine Staatsministerin im Bundeskanzleramt Beauftragte für Integration. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat mit dem Integrationsgipfel den Dialog zwischen Migrantenorganisationen und der Bundesregierung angeregt. Mit dem Nationalen Integrationsplan haben wir uns erstmals zusammen mit den Ländern und Kommunen auf verbindliche Integrationsziele geeinigt.

Der Schlüssel zur Integration ist die gute Kenntnis der deutschen Sprache. Deshalb gehen die Forderungen des türkischen Regierungschefs Erdogan nach türkischen Schulen und Universitäten in Deutschland in die falsche Richtung. Die Vermittlung der Muttersprache ist Aufgabe des Elternhauses. Etwaige Versäumnisse der Eltern können nicht erst in der Schule nachgeholt werden, weil dies zu Lasten der Deutschkenntnisse geht. Das zeigen auch die negativen Ergebnisse bisheriger Versuche mit dem muttersprachlichen Unterricht: Statt die Kompetenz in beiden Sprachen zu stärken, waren unterdurchschnittliche Deutschkenntnisse die Folge. Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist klar: Integration ist keine Einbahnstraße. Wir nehmen unsere Verantwortung ernst, die Integrationsbedingungen zu verbessern. Wir erwarten aber auch, dass die Migranten die verbesserten Möglichkeiten entschlossen nutzen und sich in unsere Gesellschaft integrieren.

Deutscher Ethikrat

In dieser Woche stand die Wahl der vom Deutschen Bundestag zu benennenden Mitglieder des Deutschen Ethikrates an. Bei diesem Gremium handelt es sich um die Nachfolgeorganisation des Nationalen Ethikrates. Die 26 Mitglieder werden jeweils zur Hälfte von Bundestag und Bundesre-

gierung benannt und vom Bundestagspräsidenten berufen.

Stammzellforschung in Deutschland

In dieser Woche begann der Bundestag mit einer dreistündigen Debatte über die Zukunft der Stammzellforschung in Deutschland zu beraten. Zur Entscheidung stehen vier Gesetzentwürfe zur Änderung des Stammzellgesetzes sowie ein Antrag, der sich dafür ausspricht, an dem bislang geltenden Stichtag 1.1.2002 festzuhalten. Jeder einzelne Abgeordnete muss bei den anstehenden Beratungen eine schwierige Entscheidung treffen, die wichtige Bereiche wie die Frage nach Forschungsfreiheit sowie Beginn und Würde des menschlichen Lebens gleichermaßen berührt. Bei einer solchen Entscheidung verbietet es sich, eine einheitliche Fraktionslinie vorzugeben.

Reform der Erbschaftsteuer

An diesem Freitag begannen die Beratungen zum neuen Erbschaftsteuerreformgesetz. Bereits jetzt zeigt sich in der öffentlichen Diskussion ein erheblicher Beratungsbedarf, insbesondere bei der konkreten Ausgestaltung und Dauer der geplanten 15-jährigen Behaltensfrist bei der Unternehmensnachfolge, bei der Zuordnung zum begünstigten Vermögen, bei der Lohnsummenklausel oder auch beim vorgesehenen gleichen Tarifverlauf in den Steuerklassen II und III, wonach derzeit Geschwister, Neffen und Nichten den gleichen Tarifverlauf haben wie fremde Dritte. Zudem dringen Abgeordnete aus Baden-Württemberg und Bayern auf Nachbesserungen für landwirtschaftliche Betriebe. Für unseren Mittelstand und die Landwirtschaft sind die Erbschaftsteuerreform und die Übertragung des Betriebes auf die nächste Generation und eine zentrale Frage, die wir sehr ernst nehmen. Unser Ziel ist es weiterhin, Betriebsübergänge steuerfrei zu ermöglichen, wenn der Betrieb fortgeführt wird.